



NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Mobilitätsausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 10.03.2021,

Videokonferenz

Beginn: 17:00

Ende: 18:04



Anwesenheitsliste

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur

Felix Gerig

Dr. Lea Heidbreder

Kim Neumann

CDU

Cyrus Bakhtari

Oliver Blanz

Dr. Andreas Hülsenbeck

SPD

Lisa Rocker

Vertreterin für Florian Maier

Dominic Scheid

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Aniello Casella

AfD

Norbert Herrmann

Vertreter für Christian Gies

FDP

Carsten Triebel

DIE LINKE

Moritz Ranalder

Pfeffer und Salz



Andreas Barlang

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Christoph Kamplade

Christopher Schmidt

Schriftführerin

Stefanie Dausch

Ratsmitglieder*innen

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Bernhard Löffel

Hannah Trippner

Entschuldigt

SPD

Florian Maier

vertreten von Lisa Rocker

AfD

Christian Gies

vertreten von Norbert Herrmann

beratendes Mitglied

Suhila Algmati

Beirat für Migration und Integration

Fabian Eyer

Jugendbeirat

Dieter Wörle

Beirat für ältere Menschen



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Es wurde ein Änderungsantrag zur Eichbornstraße (TOP2) von der SPD-Fraktion eingereicht. Dieser wurde zur Tagesordnung aufgenommen. Weitere Änderungswünsche gab es keine.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Eichbornstraße
 - 2.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung/Ergänzung des Beschlusses zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Eichbornstraße
Vorlage: 101/591/2021
 - 2.2. Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: 660/262/2021
3. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragte, ob es bereits vor der Errichtung des Kreisels An44/Eichbornstraße Unfälle an dieser Kreuzung gab und woran es läge, dass es in kurzer Zeit zu weiteren Unfällen gekommen sei. Desweiteren wollte er wissen, ob für den Neubau des Kreisels die Platane dort weichen müsse.

Herr Schmidt informierte, dass bei den Unfällen die Vorfahrt missachtet worden sei und seit Errichtung des Kreisels mehrere Unfälle wegen Vorfahrtsmissachtung passiert sind.

Herr Bernhard ergänzte, dass durch den Neubau mit entsprechenden Anpassungen des provisorischen Kreisels die Verkehrssicherheit erhöht werde, weil der Kiesel deutlich besser für die Verkehrsteilnehmer*innen erkennbar werde. Die Platane vor Ort werde stehen bleiben.

Ein anderer Bürger fragte, worauf sich die Kostensteigerung der Baukosten für den Kreisverkehr begründen.

Der Vorsitzende antwortete, dass sich die Differenz aus der öffentlichen Ausschreibung ergebe. Das wirtschaftlichste Angebot liegt ausnahmsweise über den von Ingenieurbüro und Stadtbauamt im Vorfeld geschätzten Baukosten. Im Rahmen der Bauausführung werden alle Kosteneinsparpotenziale genutzt.

Herr Bernhard fügte an, dass mögliche Einsparungen noch nicht definiert und beziffert werden können, da der Auftrag noch nicht vergeben sei. Eine Kostensteigerung sei aber sehr unwahrscheinlich, da die Ausschreibung keine Lücken aufweist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Eichbornstraße

Siehe Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 2.2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung/Ergänzung des Beschlusses zur
Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Eichbornstraße**

Siehe Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 2.2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.2. (öffentlich)

Stellungnahme der Verwaltung

Herr Bernhard führte beigefügte Sitzungsvorlage aus.

Frau Heidbreder sah die Verkehrsberuhigung in der Eichbornstraße als Pilotprojekt. Diese könne auf andere klassifizierte Straßen, bei denen Tempo 30 nicht möglich sei, übertragen werden. Durch Leitelemente könne eine Verkehrsberuhigung mit einem Schutzraum für Radfahrer erreicht werden. Dem Wunsch der Anwohner*innen werde entsprochen, da ein Halten auf der Nordseite ermöglicht werde. Im Sinne der Verkehrswende sei es richtig die Radfahrer*innen über die direkte Verbindung Eichbornstraße stadtauswärts zu leiten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Beschluss zustimmen.

Herr Bakhtari sagte, dass die Vorlage ein Kompromiss aller Belange darstelle. Die CDU-Fraktion habe allerdings Bedenken, dass die östliche Überquerungshilfe aufgrund der Lage nicht angenommen werde. Vielmehr sollte diese im Bereich Nordring/ Zugang Schillerpark und Brücke Queich und parallel zum Am Kronwerk installiert werden. Weiterhin bat er um die Aufnahme des Satzes, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie die Änderung des eingeführten eingeschränkten Halteverbots, eines Gremienbeschlusses bedarf. Festzuhalten sei ebenfalls, dass eine Evaluation nach 6 Monaten durchzuführen sei. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende informierte, dass eine Verlegung des Überweges geprüft wurde. Dies wäre nur durch den Wegfall einer Fahrspur möglich gewesen. Dies sei jedoch bei der Bedeutung dieser Straße keine Lösung.

Desweiteren habe er zugesagt, dass in 6-9 Monaten mit den Anwohnern*innen die Situation nochmals besprochen werde. Hierzu seien die Mitglieder auch eingeladen.

Frau Rocker erläuterte, dass die SPD-Fraktion die vorgelegten Maßnahmen bezüglich den Überquerungshilfen, die Umgestaltung der Kreuzung Eichbornstraße / Luitpoldstraße / Löhstraße sowie die Einrichtung einer Fahrradzone im angrenzenden Wohngebiet begrüße, da die Eichbornstraße mit dem Ausbau der B10 für den städtischen Verkehr eine größere Rolle spielen werde. Allerdings sei die Installation von Leitelementen mit geplantem Halteverbot nicht sinnvoll. Die Straße werde durch den Wegfall parkender Fahrzeuge verbreitert und müsse anschließend wieder künstlich eingengt werden, um der Gefahr überhöhter Geschwindigkeiten entgegenzuwirken. Durch Belassen der aktuellen Situation regle sich die Verkehrsberuhigung wegen den parkenden Fahrzeugen von selbst. Im Planungsbeschluss sei kein Angebotsschutzstreifen vorgesehen und durch die Verbreiterung der Fahrbahn werde die Sicherheit für Radfahrende nicht erhöht. Die SPD-Fraktion regte daher an, den Radverkehr über das angrenzende Wohngebiet Löhstraße / Im Löhl und die Fahrradzone stadtauswärts zu leiten. Der Wegfall von Parkmöglichkeiten für Anwohner*innen führe dazu, dass sich der Park- und Suchverkehr in angrenzende Wohngebiete verlagere. Hier sei jedoch motorisierter Verkehr nur eingeschränkt erlaubt.

Da die Vorlage mehr Nachteile als Vorteile beinhalte, bat Frau Rocker um Zustimmung des eingereichten Änderungs- und Ergänzungsantrages, welcher vorsehe, dass von den Leitelementen abgesehen werde und der Beschluss um die Feststellung ergänzt werde, dass kein Halte- und Parkverbot auf nördlicher Seite angeordnet werde.



Herr Casella fand die Überquerungshilfen sowie die Beruhigung des Autoverkehrs sinnvoll, allerdings sah er die Einrichtung von Leitelementen kritisch. Er befürchte, dass hierdurch das Gegenteil eintreten werde und mit überhöhter Geschwindigkeit zu rechnen sei. Der Wegfall von Parkplätzen sei dort nicht erforderlich und durch die ausgewiesene Fahrradzone, sei es für Radfahrer*innen kein großer Umweg über das Wohngebiet, statt der Eichbornstraße, geleitet zu werden.

Da die Vorlage als Gesamtpaket zu beschließen ist, werde die FWG-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Herrmann sagte, dass der Vorlage in dieser Form nicht zugestimmt werde. Durch die Einrichtung der Leitelemente würden zu viele Parkplätze wegfallen. Die Anliegen der Anwohner*innen seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. Zum Vorteil der Fahrradfahrer*innen dürften nicht die Parkplätze der ganzen Stadt wegfallen.

Herr Barlang halte die Sitzungsvorlage für einen schlechten Kompromiss. Ein Angebotsstreifen als Radweg sei für Radfahrer*innen zu gefährlich, da nicht ausreichend Abstand gehalten werde. Der Radfahrstreifen müsste mindestens 2,50 Meter breit sein. Für diesen Zweck sei ein Wegfall von Parkplätzen zu vertreten, da ausreichend Parkmöglichkeiten in den vielen Seitenstraßen vorhanden seien.

Herr Triebel sagte, dass es nicht leicht sei die Wünsche aller Beteiligten zu berücksichtigen, daher sei der Verwaltungsvorschlag ein guter Kompromiss. Aus den Beteiligungen habe er mitgenommen, dass den Anliegern*innen das Halten und die Verkehrsberuhigung wichtig sei. Dies sei mit dieser Vorlage erfüllt. Die Installierung von Leitelementen sei sinnvoll, da nach 16:30 Uhr die parkenden Fahrzeuge als Hindernis wegfallen und dadurch freie Fahrt für den Autoverkehr bestehe. Die FDP-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen zustimmen.

Herr Ranalder wies die Verwaltung darauf hin, dass bei der Eichbornstraße Maßstäbe der Bürgerbeteiligung gesetzt wurden, die auch für andere Stadtviertel gelten müssen. Bezüglich des eingereichten Änderungsantrages sagte er, dass dieser nicht stimmig sei. Man solle Parkplätze erhalten, damit eine unübersichtliche Verkehrssituation bestehen bleibe, lehne aber Leitelemente zur sicheren Verkehrsführung ab. Er warf der SPD-Fraktion eine Klientelpolitik für Besserverdienende vor.

Die Vorlage vereine die Interessen, daher stimmte DIE LINKEN-Fraktion den Beschlussvorschlägen zu und lehnten den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Herr Gerig lud dazu ein, mit dem Fahrrad den Umweg über den Löhl zu nehmen und hierbei zweimal die Eichbornstraße zu queren. Er bezweifelte, dass dies den Fahrradverkehr fördere.

Frau Rocker widersprach dem Vorwurf, sich für bestimmte Klientel zu verpflichten. Vielmehr vertrete die SPD-Fraktion die Interessen aller Bürger*innen und denen die sich an sie wenden. Es hätten sich Anwohner*innen an sie gewandt, die sich übergangen fühlten. Die Fraktion stehe auch zur Verkehrswende, jedoch nicht punktuell, sondern in Form eines gesamten schlüssigen Konzeptes. Aus eigener Erfahrung wisse Frau Rocker, dass die Radfahrer*innen nicht die Eichbornstraße, sondern die Strecke über Feldwege und Reiterwiese nutzen würden. Die Bedenken der Anwohner*innen über 46 wegfallende Parkplätze, welche eine Parkplatzsuche mit sich bringen würden, mit Kindern die Straße zu kreuzen und über Ängste, der Verkehr könne schneller,



gefährlicher werden, wolle man mit einem Interessensausgleich entgegenkommen und Kompromisse finden.

Der Vorsitzende erkundigte sich, welche Verbindung genommen werden solle, wenn man vom Feldweg komme und Richtung Innenstadt wolle und wie Frau Rocker die Anzahl der Parkplätze ermittelt habe.

Frau Rocker antwortete, man könne vom Feldweg über die Hans-Boner-Straße, Eichbornstraße, Schattenmannstraße, Im Löhl dann durch den Park oder über den neuen Kreisel Richtung Innenstadt gelangen. Desweiteren werde ein Prüfantrag eingereicht, um Vorschläge prüfen zu lassen, wie Im Löhl besser an Godramstein oder An 44 und den Schillerpark angebunden werden könne. Sie bemängelte, alle Zonen für den gesamten Verkehr zu durchmischen. Es sei in Ordnung, gewisse Zonen für bestimmte Verkehrsteilnehmer*innen einzurichten. Es mache aber keinen Sinn, Fahrradzonen einzurichten, um mit zusätzlichen Schildern motorisierten Verkehr zuzulassen und in den Parallelstraßen nochmals den Fahrradverkehr zu priorisieren. Sie möchte nicht immer alles so durchdrücken und wünsche sich eine größere und individuellere Sichtweise. Dies sehe sie hier nicht. Man könne nicht alles Pauschal mit der Verkehrswende oder des Klimas begründen, jede Maßnahme müsse individuell dargestellt werden.

Bezüglich der Parkplätze habe sie die Karte von der Landauer Homepage als Grundlage genommen. Sie vermutete, dass die Verwaltung die Parkplätze zwischen der Friesenstraße und der Luitpoldstraße berücksichtigt habe. Die Fraktion habe die Anzahl von der Mühlhausenstraße bis zur Luitpoldstraße berechnet.

Herr Baur entgegnete, dass Klimawandel kein Totschlagargument sei, sondern ein sehr ernstes Thema, dessen man verpflichtet sei. Weiter dankte er Herrn Ranalder, dass er Themen ansprach, die offenkundig im Raum liegen würden. Herr Baur fragte sich, ob der SPD-Fraktions-Antrag wegen des Charakters des Viertels gestellt wurde oder weil der Verwaltungsvorschlag nicht gut genug sei. Es sei nicht wahr, dass die Anwohner*innen nicht ausreichend eingebunden wurden. Im Gegenteil wurde, völlig überzogen, eine Sitzung eigens für eine Anliegerstraße einberufen. Er fragte, ob dieser Aufwand auch für andere Stadtviertel und Straßen betrieben werde. Das Konzept der SPD-Fraktion Feldwege neu zu erschließen und Radfahrer*innen absurderweise über den Löhl zu leiten, statt die Straßen zu nutzen und Radfahrer*innen in bereits bestehende Feld- bzw. Radweg zu führen, zeige, dass die Fraktion den Radverkehr nur als Sonntagsfahrten sehe und nicht das Ziel habe, diese schnellstmöglich von A nach B zu führen.

Herr Ranalder merkte noch generell an die SPD-Fraktion an, dass seine Fraktion ebenfalls nicht immer mit dem einverstanden sei, was die Koalition mache. Wenn man aber in Landau eine progressive Stadtregierung haben möchte und die Koalition überholen wolle, wäre es sinnvoll sich für den Wandel und eine progressive Verkehrspolitik zu öffnen und von dem konventionellen Weg abzukommen.

Frau Neumann äußerte sich zu dem Prozess, der als durchgedrückt bezeichnet wurde. Sie sei der Meinung, dass das Verfahren nicht beispielhafter hätte erfolgen können. Es gab Vororttermine und Videokonferenzen, die Kritik der Anwohner*innen wurde von der Verwaltung angenommen und in der Vorlage eingearbeitet bis Einvernehmen bestand.

Das Argument, dass zu kurz geplant wurde, sei nicht korrekt. Es müsse mit einer Planung begonnen werden und dieser ausgearbeitet werden. Dies sei hier erfolgt. Die



Aussage, man könne einem Vorschlag nicht zustimmen, da in der Fraktionssitzung nicht darüber beraten werden konnte, passe zu der Linie der SPD-Fraktion.

Frau Schwarzmüller wunderte sich, wie die SPD-Fraktion dargestellt werde, weil man anderer Meinung sei. Sie wehrte sich gegen die Unterstellung, dass sie sich nur um eine bestimmte Klientel kümmern würden. Sie bat um mehr Sachlichkeit. Sie machte die Erfahrung, dass Radfahrer*innen die Strecke Im Löhl statt der Eichbornstraße nutzten. Sie selbst bevorzuge diese Strecke, da unter anderem die Neigung geringer sei. Weiterhin sei es nicht logisch zu behaupten, dass sie gegen die Verkehrswende seien, nur weil sie bestimmte Parkplätze an bestimmten Orten erhalten wollen. Die Fahrzeuge verschwinden nicht mit dem Wegfall eines Parkplatzes. Im Gegenteil erhöhe sich durch die Parkplatzsuche das Verkehrsaufkommen und somit die Umweltverschmutzung.

Herr Barlang warf ein, dass in der Eichbornstraße ausreichend große Grundstücke vorhanden seien, dass die Fahrzeuge auf dem Grundstück parken könnten. Er bat nochmals um Prüfung, ob ein vernünftiger Radweg installiert werden könne, der den Interessen der Radfahrer*innen gerecht werde.

Herr Ranalder merkte noch an, dass eine Kritik an einer Fraktion weder unsachlich noch unangebracht sei.

Der Vorsitzende fügte an, dass die Ideallösung der Verkehrswende ein beidseitiger Radweg gewesen wäre. Das was in der Vorlage vorgelegt wurde, sei ein Kompromiss. Die Wahl der direkten Verbindung für Radfahrer*innen sei keine Bevorzugung, sondern ein Schritt Richtung Gleichberechtigung.

Er sei über den Zuspruch erfreut und habe seit der letzten Sitzung selbst keine kritische Mail erhalten.

Abschließend sagte der Vorsitzende, dass die Kritik über das Ausmaß der Beteiligung zu Recht ergangen sei. Er werde dies für die Zukunft berücksichtigen.

Der Mobilitätsausschuss lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit 11 Gegenstimmen ab und stimmte den Beschlussvorschlägen mit 6 Gegenstimmen mehrheitlich zu.

Beschlussvorschläge:

1. Der Anlage einer Überquerungshilfe direkt östlich des Knotenpunktes Eichbornstraße/ Hans-Mayer-Weg/Mühlhausenstraße nach Anlage 2 wird zugestimmt.
2. Der verkehrssicheren Umgestaltung des Knotenpunktes Eichbornstraße/ Löhlstraße/Luitpoldstraße mit Einbau einer Überquerungshilfe nach Anlage 3 wird zugestimmt.
3. Dem Einbau von Leitelementen zur Verkehrsberuhigung stadtauswärts gemäß Anlage 4 wird zugestimmt.
4. Der Erweiterung der Fahrradzone Spitalmühlweg/Jahnstraße/Prießnitzweg bis zur Eichbornstraße nach Anlage 5 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verschiedenes

Fahrradklimatest

Der Vorsitzende informierte, dass die Stadt Landau als bester Aufsteiger beim Fahrradklimatests des adfc nominiert sei.



Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 10.03.2021 umfasst 5 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 28.

Vorsitzender

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Stefanie Dausch

Schriftführerin